

## **Demo 100 Jahre Abschiebehäft beenden!**

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir leben in erschreckenden Zeiten. Menschenunwürdiger Umgang mit denen, die hergekommen sind, weil sie sich ein besseres, friedlicheres, sichereres Leben erhofft haben, verschärft sich nun noch weiter.

Dieses Jahr jährt sich eine abscheuliche Praxis, die schon immer in einer Tradition stand, von der wir uns sagten, das Deutschland nie wieder hin darf.

Vor 100 Jahren wurde in Bayern – bis heute einem Vorreiter in dieser abscheulichen Praxis – das erste sogenannte „Ausländer-Sammellager“ nahe Ingolstadt eingerichtet. Im ersten Weltkrieg war das ehemalige Fort ein Kriegsgefangenenlager und danach wurden darin die politischen Gefangenen des Spartakusaufstandes in Berlin untergebracht.

Sammellager wie diese; – ein Name der späteren Einrichtungen auf deutschem Boden verdächtig nahe kommt und auch heute von verschiedenen Stellen für solche Unterbringungen in Ungarn, Libyen oder der USA verwendet wird; – haben im Kern ihren Charakter bis heute erhalten.

Im ersten Weltkrieg wurden vermehrt sogenannte „Ost-juden“ angeworben, um die einheimische Arbeit zu erledigen, da man damit beschäftigt war seine eigenen Männer an den Fronten zu verheizen. Diese eher unliebsame Lösung wollte man im Anschluss, nachdem sie ihre Nützlichkeit verloren hatte, wieder entbehren.

Nicht nur hatte man sich vermehrt eine unliebsame Personengruppe ins Land geholt, die man eigentlich nur wieder loswerden wollte. Gerade unter Angesicht der Räterepublik in München und den Aufständen in Berlin, sah man sich von diesen aus dem Osten stammenden Juden auch ideologisch bedroht. Etwas das sich auch

Jahre danach noch als jüdisch-bolschewistische Bedrohung in anderen Schriften wieder finden lässt.

Diese Erlasse wurden im Jahr 1938 vom Nazi Regime nur noch weiter verschärft und in das erste Landesweite Gesetz mit dem Ausländerpolizeigesetz gegossen. Ein Gesetz das man ohne Änderungen von Formulierungen wie „wichtige Belange des Reichs und der Volksgemeinschaft“ 1954 in der Bundesrepublik übernommen hat, nur wenige Monate vor den Abkommen zur Anwerbung von Gastarbeitern.

Dass der Gesetzesname mit unserem aktuellen Ausländergesetz schlussendlich nur das Wort Polizei verloren hat, aber im Kern dieselben Zwecke und Ziele verfolgt, spielt dabei für unsere Regierung keine Rolle. Es geht weiterhin um eine klare Abgrenzung von „denen“ und „uns“. Nationale Reinheit und die Idee einer Volksgemeinschaft zu der manche einfach nicht dazu gehören können und dürfen.

Besonders besorgniserregend ist das wiederkehrende Muster, das im selben Gesetzespaket auch das Fachkräftezuwanderungs-Gesetz beschlossen wurde. Man will ja vorbereitet sein, wenn man den Nutzen der hergekommenen Menschen als erbracht ansieht und sie zu einer Last werden.

Umso wichtiger und erfreulicher ist es, wie viele sich – nicht nur hier, sondern deutschlandweit UND grenzübergreifend – zusammen finden um klar zu stellen, das diese Art „Mensch“ zu denken und handeln nicht Jedermanns Haltung ist!

Klar zu stellen und aufzustehen für diejenigen, die lange und beschwerliche Wege auf sich genommen haben und sich nicht nur nach einem besseren Leben zu sehnen. Einem Leben das allen zusteht!

Die Geschichte, ganz besonders die deutsche, hat genug Lager und Gefängnisse gesehen, genug Ausgrenzung!

**Deswegen; Vielen Dank an jede\*n Einzelne\*n hier der sagt: „100 Jahre sind genug!“ Nein, viel mehr. „100 Jahre sind zu viel!“**